

Allgemeine Informationen für Mitglieder und Förderer der Alternative für Deutschland zur Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung (AfD-Datenschutzhinweise)

Vorwort

Die AfD legt höchsten Wert auf ein hohes Datenschutzniveau und auf den vertraulichen Umgang mit Ihren Daten. Die Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten geschieht unter Beachtung der geltenden, datenschutzrechtlichen Vorschriften, insbesondere der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO).

Das Datenschutzrecht ist immer dann anwendbar, wenn personenbezogene Daten verarbeitet werden. Personenbezogen sind Daten, die eine identifizierte oder identifizierbare, natürliche Person betreffen. Personenbezogen sind daher Daten, durch die eine Person direkt (etwa über den Namen) bestimmt werden kann, aber auch solche Daten, die eine Kennnummer

(z. B. Mitgliedsnummer) enthalten, aufgrund derer Sie oder ein Anderer die betroffene Person identifizieren können (pseudonyme Daten). Nicht anwendbar ist das Datenschutzrecht auf anonyme Daten, bei denen eine Identifizierung des Betroffenen für niemanden mehr möglich ist.

Im Folgenden informieren wir Sie darüber, welche personenbezogenen Daten wir erheben, bei wem wir sie erheben und was wir mit diesen Daten machen. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen und an wen Sie sich diesbezüglich wenden können.

Inhaltsverzeichnis

1. Wer sind wir?	2
2. Wer ist die verantwortliche Stelle?	2
3. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?	3
4. Zu welchem Zweck verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten?	3
5. Wie verarbeiten wir diese Daten?	5
6. Unter welchen Voraussetzungen dürfen wir Ihre Daten an Dritte weitergeben?	5
7. Wie lange speichern wir Ihre Daten?	5
8. Welche Rechte haben Sie?	6

1. Wer sind wir?

„Wir“ sind die Partei Alternative für Deutschland und für die Verarbeitung personenbezogener Daten innerhalb der Partei verantwortlich.

2. Wer ist die verantwortliche Stelle?

Fragen in datenschutzrechtlichen Angelegenheiten können Sie jederzeit an die **verantwortliche Stelle** richten.

Verantwortliche Stelle:

Alternative für Deutschland (AfD),
gemäß **§ 14 (3) Bundessatzung** vertreten durch
zwei Mitglieder des Bundesvorstands
(Tino Chrupalla, Dr. Alice Weidel u. a.)
Schillstraße 9
10785 Berlin
Telefon 030 220 23-000
E-Mail: kontakt@afd.de

Datenschutzbeauftragter:

AfD-Bundesgeschäftsstelle
Datenschutzbeauftragter
Schillstraße 9
10785 Berlin
E-Mail: info@datenschutzbeauftragter.legal

3. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?

Wir verarbeiten insbesondere folgende personenbezogene Daten:

Persönliche Identifikations- und Kontaktangaben, zum Beispiel

Vor- und Nachname, Adresse, Geburtsdatum und -ort, Bundesland und Kreis, Staatsangehörigkeit, E-Mail-Adresse, Telefonnummer.

Für das SEPA-Lastschrift-Mandat erforderliche Informationen, zum Beispiel

- ▶ Kontoinhaber (Vor- u. Nachname, Adresse, PLZ, Ort),
- ▶ IBAN (Kontonummer und Bankleitzahl),
- ▶ BIC (Bankidentifikationscode).

Wenn Sie mit uns in Kontakt treten (z. B. per Kontaktformular oder E-Mail), verarbeiten wir Ihre Angaben zur Bearbeitung der Anfrage sowie für den Fall, dass Anschlussfragen entstehen. Erfolgt die Datenverarbeitung zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen, die auf Ihre Anfrage hin erfolgen bzw., wenn Sie bereits unser Mitglied sind, zur Durchführung des Vertrages, ist Rechtsgrundlage für diese Datenverarbeitung Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DSGVO.

Besondere Kategorien personenbezogener Daten, sogenannte „**sensitive Daten**“, erheben wir ebenfalls nur dann, wenn dies für das Mitgliedsverfahren

erforderlich ist. Wir erheben Ihre personenbezogenen Daten in erster Linie bei Ihnen selbst, z. B. durch Ihre Mitgliedschaftsanträge oder Spendenzahlungen.

In manchen Fällen erheben wir Ihre personenbezogenen Daten bei **Dritten**, soweit diese gesetzlich zur Mitteilung an uns verpflichtet sind.

Können wir einen mitgliedsrelevanten Sachverhalt nicht mit Ihrer Hilfe aufklären, dürfen wir Sie betreffende, personenbezogene Daten auch durch Nachfragen bei Dritten erheben (z. B. **Auskunftersuchen** an Wirtschaftsauskunfteien). Im Mahn- und Inkassoverfahren können wir Daten bei **Drittschuldnern** (z. B. Kreditinstitut) erheben.

Zudem können wir **öffentlich zugängliche Informationen** (z. B. aus Zeitungen, öffentlichen Registern oder öffentlichen Bekanntmachungen) verarbeiten.

Besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Artikel 9 Abs. 1 DSGVO werden durch uns ebenfalls verarbeitet. Regelmäßig werden Ihre Daten zum Zwecke einer Kandidatur für Aufstellungsverksammlungen und Wahlen von Funktions- und Mandatsträgern erfasst und veröffentlicht.

4. Zu welchem Zweck verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir zur Erfüllung unserer vertraglichen Pflichten benötigen, etwa Name, Adresse, E-Mail-Adresse, Rechnungs- und Zahlungsdaten.

Die Erhebung dieser Daten ist im Rahmen Ihrer Mitgliedschaft bzw. Fördermitgliedschaft erforderlich. In der Partei werden insbesondere personenbezogene Daten der Mitglieder und Förderer personenbezogen verarbeitet.

In Betracht kommen aber auch Kontaktdaten von Antragstellern auf eine Mitgliedschaft zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten und zur Wahrung berechtigten Interesses der Partei.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung dieser Daten ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 b), c) e), f).

Weitere Rechtsgrundlagen sind berechtigtes Interesse Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DSGVO und öffentliches Interesse Art. 6 Abs. 1 S. 1 e) DSGVO.

Beispiel zur Verarbeitung:

*Die mit dem Antrag auf Mitgliedschaft von der zuständigen Parteigliederung erhobenen Daten werden im Mitglieder-
verwaltungssystem verarbeitet.*

Beispiel zur Weiterverarbeitung:

*In den Fällen einer SEPA-Lastschrifterteilung werden Ihre Bankdaten gesondert festgestellt. Hierzu werden die Angaben
aus Ihrer SEPA-Lastschrifterteilung in einem selbständigen Verfahren, dem Lastschriftinzug, verarbeitet und alle erforderlichen
Daten an das zuständige Kreditinstitut, welches für den Lastschriftinzug zuständig ist, mitgeteilt.*

Die Partei verwaltet insbesondere die für die Parteiarbeit und die Mitgliedschaft / Fördermitgliedschaft in der AfD erforderlichen Daten.

Zwecke der Verarbeitung sind insbesondere:

1. Nachweis der Mitgliedschaftsvoraussetzungen-
einschl. Identitätsfeststellung;
2. Verwaltung der Mitgliedschaft einschl. Ausstellung
von Mitgliedsausweisen;
3. persönliche Einladungen zu Mitglieder- und
Delegiertenversammlungen, Parteitag, Infor-
mations- und sonstigen Veranstaltungen (z. B.
Stammtischen) der Partei einschließlich der
von ihr anerkannten Vereinigungen (derzeit nur
„Junge Alternative“);
4. Versand regelmäßiger Informationen zur poli-
tischen Arbeit der AfD („Newsletter“), sofern die
Inhalte nach vernünftiger Einschätzung unmit-
telbar die Parteiarbeit betreffen;
5. Pressemitteilungen, soweit sie die Partei direkt
und in Gänze betreffen;
6. Spenden- und Unterstützungsaufrufe, die im
direkten Zusammenhang mit der AfD oder einer
ihrer Untergliederungen stehen;
7. persönliche Nachrichten von Mitgliedern des
Bundesvorstandes, soweit sie die Funktion des
Bundesvorstandes direkt betreffen;
8. Beitragsverwaltung mitsamt Rechnungserstellung
und Versand;
9. Durchführung von Zahlungen und Inkasso sowie
Ausstellung von Zuwendungsbescheinigungen;
10. Nachweisführung gemäß Parteiengesetz sowie
Betrugsprävention, Verhinderung von Straftaten
und Geltendmachung rechtlicher Ansprüche.

Für diese vorgenannten Punkte sind **keine** bestimmten **Einwilligungserklärungen** erforderlich, sofern deren Inhalte ausschließlich die „Parteiarbeit“ betreffen bzw. ein „berechtigtes“ oder „öffentliches Interesse“ besteht.

Weiterhin können wir personenbezogene Daten auf der Grundlage Ihrer spezifischen Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DSGVO verarbeiten. Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben.

Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der EU-Datenschutz-Grundverordnung, also vor dem 25. Mai 2018, uns gegenüber erteilt worden sind.

Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

5. Wie verarbeiten wir diese Daten?

Wir sind um die Sicherheit Ihrer Daten im Rahmen der geltenden Datenschutzgesetze und technischen Möglichkeiten maximal bemüht.

Ihre persönlichen Daten werden bei uns verschlüsselt übertragen. Ein lückenloser Schutz der Daten vor dem Zugriff durch Dritte ist nicht möglich.

Wir setzen dabei **technische und organisatorische Maßnahmen** entsprechend Art. 32 DSGVO ein, um Ihre personenbezogenen Daten gegen unbeabsichtigte oder unrechtmäßige Vernichtung, Verlust oder Veränderung sowie gegen unbefugte Offenlegung oder unbefugten Zugang zu schützen. Unsere Sicherheitsstandards entsprechen dem Stand der Technik.

6. Unter welchen Voraussetzungen dürfen wir Ihre Daten an Dritte weitergeben?

Grundsätzlich verwenden wir Ihre personenbezogenen Daten nur innerhalb unserer Partei und anerkannten Vereinigungen.

Wenn und soweit wir Dritte im Rahmen der Erfüllung von Verträgen einschalten, erhalten diese personenbezogenen Daten nur in dem Umfang, in welchem die Übermittlung für die entsprechende Leistung erforderlich ist.

Alle personenbezogenen Daten, die uns bekannt geworden sind, dürfen wir nur dann an andere Personen oder Stellen (z. B. an Kreditinstitute oder andere Behörden) weitergeben, wenn Sie dem zugestimmt haben oder die **Weitergabe gesetzlich zugelassen ist**.

Beispiele:

- ▶ Mitteilung der Bankdaten für die Lastschriftinzüge an die zuständigen Kreditinstitute;
- ▶ Offenlegung Ihrer Spende(n) im Rechenschaftsbericht, sofern deren Gesamtwert in einem Kalenderjahr (Rechnungsjahr) 10 000 Euro übersteigt (vgl. § 25 Absatz 3 PartG);
- ▶ Mitteilungen an die Künstlersozialkasse, soweit die Kenntnis personenbezogener Daten für die Festsetzung von Beiträgen einschließlich der Künstlersozialabgabe erforderlich ist.

Eine Datenübertragung an Stellen oder Personen außerhalb der EU oder des EWR erfolgt nur unter Berücksichtigung der Artikel 44 bis 50 der DSGVO.

7. Wie lange speichern wir Ihre Daten?

Personenbezogene Daten müssen wir solange speichern, wie sie für die Zweckerfüllung erforderlich sind. In einigen Fällen sieht der Gesetzgeber die Aufbewahrung von personenbezogenen Daten vor, etwa im Steuer- oder Handelsrecht.

In diesen Fällen werden die Daten von uns lediglich für diese gesetzlichen Zwecke weiter gespeichert, aber nicht anderweitig verarbeitet und nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist gelöscht.

8. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben nach der Datenschutz-Grundverordnung verschiedene Rechte. Einzelheiten ergeben sich insbesondere aus Artikel 15 bis 18 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung.

▶ **Recht auf Auskunft**

Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten, personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.

▶ **Recht auf Berichtigung**

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.

▶ **Recht auf Löschung**

Sie können die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden (vgl. oben 7.).

▶ **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**

Sie haben das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges, öffentliches Interesse besteht.

▶ **Recht auf Widerspruch**

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen.

▶ **Recht auf Datenübertragbarkeit**

Sie haben das Recht personenbezogene Daten, die uns bereitgestellt wurden, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten

▶ **Recht auf Beschwerde**

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir Ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind, können Sie bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde Beschwerde einlegen.

Allgemeine Hinweise zu diesen Rechten

Wir werden Ihnen grundsätzlich innerhalb eines Monats nach Eingang Ihres Anliegens antworten. Sollten wir länger als einen Monat für eine abschließende Klärung brauchen, erhalten Sie eine Zwischennachricht.